

rundbrief

LINGUA 21

DEUTSCH

Das passt!

Schwerpunkt
Integration von
MigrantInnen

Wegweisungsartikel
Wer stört hier wen?

Editorial

Wer die Zukunft gestalten will ...

**... muss die Gegenwart verändern.
Die Feste sind gefeiert, das neue Jahr hat begonnen. Was wird es uns politisch bringen? Einiges lässt sich bereits absehen oder erahnen. Anderes wird uns überraschen.**

Sicher ist jetzt schon: Wir werden weiterhin für unsere Anliegen eintreten und kämpfen müssen. Angesichts der Wirtschaftskrise könnten Umweltanliegen schnell in der zweiten Reihe landen. Dabei geht es doch gerade jetzt darum, Investitionen im Energie- und Umweltbereich zu tätigen. Wir alle werden doppelt profitieren, wenn wir Arbeitsplätze erhalten und schaffen, indem wir gleichzeitig nachhaltig für unsere Umwelt sorgen.

Obschon die weltweite Finanzkrise vorerst das Vermögen von Wohlhabenden vernichtet hat, werden die sozial Schwächeren die grossen Leidtragenden sein. Wenn die Sozialversicherungen ihre Leistungen weiterhin verknappen und die Pensionskassen die Renten kürzen, weil sie viel Geld verspekuliert haben, wird es wiederum jene Menschen am stärksten treffen, die am dringendsten auf diese Leistungen angewiesen sind. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass die

Zusatzfinanzierung der IV geregelt und das AHV-Alter nicht erhöht wird.

Die weltweite Krise wird auch die Migrationsströme nach Europa vergrössern. Wir werden dafür einstehen müssen, dass nicht alle Tore geschlossen werden. Bereits am 8. Februar 2009 stimmen wir über die Fortsetzung der Personenfreizügigkeit ab, alte Ängste kommen hoch und werden bewusst geschürt: Angst vor Überfremdung, Angst vor dem Verlust von Geld, Sicherheit und Identität. Wir werden gefordert sein, dagegenzuhalten.

Liebe Grüne, ich freue mich, mit euch zusammen diese Themen aufzunehmen und an kleine Fortschritte und grosse Erfolge zu glauben. Lasst uns die Gegenwart gestalten, damit Natur und Menschheit eine Zukunft haben, in der nicht materieller Gewinn, Zerstörung und Hass regieren, sondern Kreativität, Achtsamkeit und Respekt einen Wert haben.



*Katharina Hubacher
Co-Präsidentin Grüne Luzern
Luzern*



Sprache und Integration

Sprachkurse dürfen nicht zum Zwang werden

Sprachkenntnisse gelten oft als «Schlüssel zur Integration». Darum werden nun in den Parlamenten obligatorische Kurse und Deutsch-Prüfungen verlangt. 40 Jahre versäumte Integrationspolitik sollen nun – aber subito! – nachgeholt werden, auch mit Integrations«vereinbarungen» und sogar mit Konsequenzen im Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht.

Ja: Es ist wichtig, Deutsch zu lernen, denn wer die lokale Sprache nicht spricht, wird sich hier immer ein wenig fremd fühlen und das Land und die Menschen vielleicht nie völlig verstehen.

Aber: Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Wir müssen damit leben lernen, dass es hier Menschen gibt und immer geben wird, die unsere Sprache nicht gut sprechen. Sind sie deswegen schon «schlechtere» MitbürgerInnen? Vielleicht haben sie ja kaum Gelegenheit, Deutsch zu sprechen? Weil wir nicht mit ihnen sprechen und weil auf ihrer Baustelle oder dort, wo sie putzen, auch kein Deutsch gesprochen wird?

Ja: Menschen, die hier dauerhaft leben wollen, sollen «sich integrieren».

Aber: Was bedeutet Integration? Doch ein ganzes Bündel von Faktoren: soziale, finanzielle, berufliche, familiäre usw. Stellen wir uns die – hypothetische – Frage, wann ein Jugendlicher, eine

Jugendliche sich besser integriert fühlt: er/sie bekommt eine Lehrstelle oder kann einen Deutschkurs besuchen. Hoffentlich bieten wir den Jugendlichen beides, aber die berufliche Integration ist zweifellos wichtiger. Sprachkenntnisse dürfen darum nicht zum zentralen Massstab der Integration gemacht werden, sie sind nur ein Faktor unter verschiedenen.

Ja: Sprachkurse sind gut für die Integration.

Aber: Es muss ein differenzierendes Angebot geben, das die beruflichen, finanziellen und persönlichen Lebensumstände und besonders die individuellen Lernmöglichkeiten der Menschen berücksichtigt. Sprachkurse dürfen nicht zum Zwang werden oder gar auf eine obligatorische Prüfung ausgerichtet sein. Unter Druck und Stress lernen Menschen schlecht, und wenn ein Kurs mit einer Prüfung abschliesst, wird vor allem Prüfungstechnik unterrichtet und nicht Kommunikation. Schliesslich bedeutet jede Prüfung auch Selektion und widerspricht damit grundsätzlich dem Gedanken der Integration.

Ja: Alle Bemühungen um Integration sollen gefördert werden.

Aber: Sprachkenntnisse dürfen nicht mit dem Aufenthaltsrecht verbunden werden, denn damit werden gravierende Ungerechtigkeiten geschaffen. Menschen aus so genannten Drittstaaten haben nicht die gleichen Auflagen wie BürgerInnen eines EU-Staates, und ein Manager aus den USA wird wohl kaum in einen Sprachkurs geschickt. Die so genannten Integrationsvereinbarungen werden sehr selektiv geschlossen.

Also Ja: Tun wir alles, was der Integration dient.

Aber: Es gehören zwei dazu. Tun wir nichts, was Menschen nicht ohne Zwang leisten können und was die «Integrationsleistung» einseitig den MigrantInnen zuschiebt.



*Monika Clalüna
Deutsch-als-Fremdsprache-Lehrerin
ehem. Vorstandsmitglied
Internationaler Deutschlehrerverband
alt Grossrätin Grüne Luzern
Horw*

Zum Weiterlesen:

www.sprachenrechte.at

www.isabern.ch > Veranstaltungen > Wie viel Sprache braucht die Integration?

www.ekm.admin.ch > Dokumentation > Publikationen

Integration im Migrationsbereich

Nationale Integrationspolitik ist überfällig

Im Jahr 2008 haben sich Bund, Kantone und Städte/Gemeinden darauf verständigt, im Bereich der Integrationspolitik im Migrationsbereich eine gesamtheitliche Politik zu entwickeln.

Es gibt darüber hinaus auch eine breiter angelegte Politik, die die Integration von weiteren gesellschaftlichen Gruppen und Schichten anstrebt. Hier nun geht es darum, gemeinsame, für alle staatlichen Ebenen/Gemeinwesen gültige Integrationsziele zu formulieren, eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den drei staatlichen Ebenen auszuhandeln und eine staatliche Regelstruktur für die Umsetzung, die Entwicklung und das Controlling dieses Politdossiers festzulegen.

Die Steuerung des Projekts erfolgt gemeinsam durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeide-

partment (diese Federführung gibt wiederholt zu Diskussionen Anlass), konkret durch das Bundesamt für Migration, die Konferenz der Kantone sowie die Städte/Gemeinden (durch die Städteinitiative Sozialpolitik Schweiz).

Das Projekt wurde am 20. Januar 2009 in Bern lanciert und soll schnell durchgezogen werden. Die Städte Bern, Lausanne, Luzern und Winterthur wirken bei der Durchführung von vier breit angelegten, regionalen Fachhearings mit, die in den Monaten Februar und März stattfinden werden. Für das Luzerner Hearing zeichnen der Kanton und die Stadt Luzern gemeinsam verantwortlich.

Neuer Stellenwert für Integrationspolitik im Migrationsbereich

Mit dieser grossen gemeinsamen Anstrengung wollen wir den Stellenwert der Integrationspolitik im Migrationsbereich stark erhöhen. Damit kommt zum Ausdruck, dass die Integrationspolitik ein zentraler Politikbereich ist, der uns noch über Jahre und Jahrzehnte herausfordern wird. Integrationspolitik im Migrationsbereich ist ein wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik und der Politik der Nachhaltigkeit. Migration findet statt, Migration wird gefördert und/oder provoziert bzw. verursacht. Integrationspolitik ist gefordert als Folge der Freizügigkeit und des Zusammenrückens in

Ruedi Meier, Stadtrat/Sozialdirektor der Stadt Luzern, ist Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, der über 50 grosse und mittlere Städte der Schweiz angehören. Er vertritt die Schweizer Städte in der Eidgenössischen Migrationskommission und in der Steuergruppe der nationalen Integrationspolitik im Migrationsbereich (TAK-Projekt).



Europa, aber auch als Folge der interkontinentalen Wanderungen.

Und im Kanton Luzern?

Mit der Schaffung der Stelle eines Integrationsbeauftragten erkannte der Kanton Luzern schon vor Jahren die Zeichen der Zeit. Mit dem Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts setzt er nun ein weiteres wichtiges Zeichen. Die Integrationspolitik – auch jene im Migrationsbereich – bekommt damit eine kantonale gesetzliche Grundlage. Allerdings ist zu hoffen und zu fordern, dass die entsprechenden Ressourcen (an Personal und Finanzen) auch zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt Luzern verfügt seit dem Jahr 2000 über eine Integrationsbeauftragte. Und auf Gemeindeebene gibt es seit einigen Jahren eine Interkommunale Integrationskonferenz. Hier pflegen diverse Gemeinden den Austausch und die Zusammenarbeit. Diese Aktivitäten sind alle sehr positiv, aber sie genügen nicht – es braucht mehr. Auch hier ist zu hoffen und zu fordern, dass, gestützt auf die neue Rechtsgrundlage, die Integrationspolitik im Kanton Luzern einen Sprung nach vorne macht, und zwar in allen Gemeinden und Regionen.



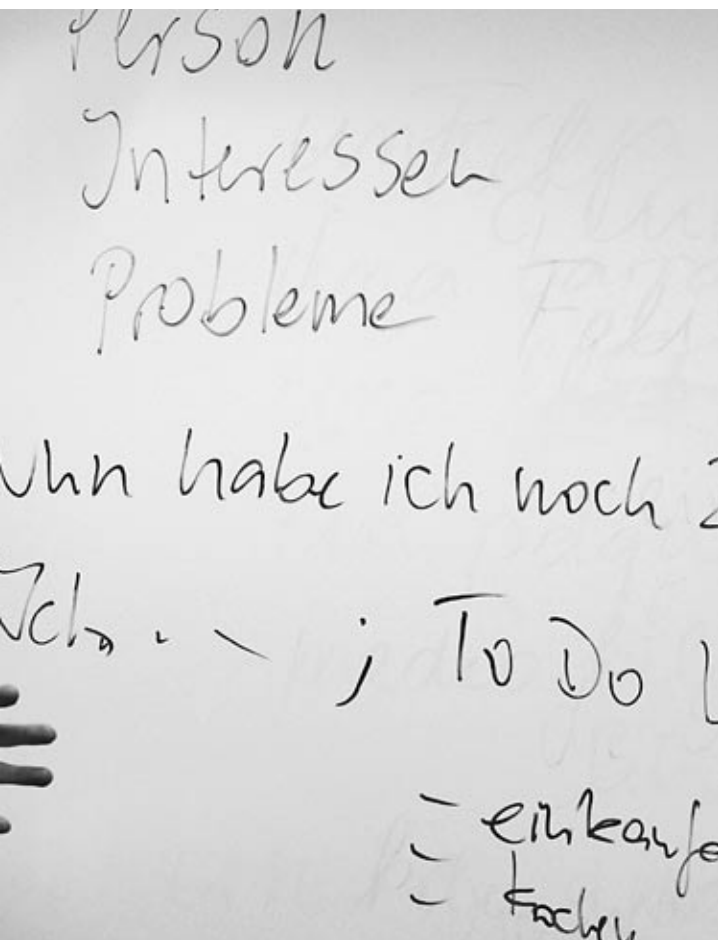
Ruedi Meier
Stadtrat Grüne
Luzern

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Mit dem dreistufigen föderalistischen Aufbau unseres Staates sind Vorteile verbunden wie z.B. die demokratische Mitbestimmung. Es gibt aber auch Nachteile:

- Die Politik der oberen staatlichen Ebenen kann unmittelbare Folgen für die unteren Gemeinwesen (Kantone und Städte/Gemeinden) haben.
- Grosse Projekte können von einer Staatsebene allein nicht umgesetzt werden (z.B. Ausbau der Bahninfrastruktur; in Luzern ist dies der Bau des Tiefbahnhofs mit neuer Zufahrtslinie).
- Ein höchst bedenklicher Nachteil ist, dass der Föderalismus zu vielen Ungerechtigkeiten zwischen einzelnen Kantonen und Städten/Gemeinden führt, beispielsweise im Sozialbereich die Höhe des frei verfügbaren Einkommens.

Diese strukturellen Schwächen und die praktischen politischen Herausforderungen von heute fallen in den Agglomerationen besonders ins Gewicht. Sie haben zur Gründung der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) geführt, ein Vertrags- und Organisationswerk, wo Bund, Kantone und Städte/Gemeinden dringende Fragen der politischen Entwicklung zusammen an die Hand nehmen.



Eidgenössische Migrationskommission (EMK)

Die Kommission hat ihre Tätigkeit im Jahre 2008 aufgenommen und ist entstanden aus der Zusammenlegung der Ausländer- und der Flüchtlingskommission.

Die EMK beschäftigt sich mit allen politischen Fragen, die die Migrationspolitik angehen. Die Kommission selber setzt gewisse migrationspolitische Themen auf die Agenda. Zurzeit stehen u.a. zwei Fragen im Vordergrund:

Wie kann die frühe Förderung in der Politik durchgesetzt werden, dass möglichst viele Kinder davon profitieren können? Dies würde die Zukunftschancen von Kindern mit Migrationshintergrund massiv verbessern.

Wie können Identitäten entstehen, die sich nicht alleine an der Herkunftskultur orientieren, sondern auch und zusätzlich den schweizerischen Werten Rechnung trägt? Und wie können schweizerische Identitäten Wertelemente aus andern Kulturen integrieren und so zur kulturellen und politischen Entwicklung der Schweiz beitragen?

Fortführung der Bilateralen Verträge mit der EU

Ja zur Personenfreizügigkeit

Am 8. Februar stimmen wir über die Fortsetzung der Personenfreizügigkeit mit der EU ab. Die Grünen befürworten diese Vorlage und machen in Ja-Komitees auf kantonaler und eidgenössischer Ebene mit.

Die Annahme des ersten Pakets der Bilateralen Verträge brachte den freien Personenverkehr mit den (damals 15) EU-Ländern. Die Befürchtungen, die Schweiz werde von Einwandernden überschwemmt, bewahrheiteten sich nicht. Hingegen stimulierte der freiere Verkehr auch von Waren und Kapital die Wirtschaft. Das Vertragswerk lohnte sich für beide Seiten. Mit dem zweiten Paket (Bilaterale II) wurde 2005 die Ausweitung auf das Europa der 25 Länder in der Volksabstimmung gutgeheissen.

Jetzt Bulgarien und Rumänien

Mit dem EU-Beitritt per 2007 übernahmen Rumänien und Bulgarien die Rechte und Pflichten als EU-Mitglieder. Während sich die Bilateralen automatisch auf die neuen Partner erstreckten, war bezüglich Personenfreizügigkeit ein Zusatzprotokoll nötig. Dieses unterstand dem fakultativen Referendum, das die äussersten Rechte unter anderem mit Parolen gegen die Roma ergriff. Das Referendum wird nun auch von der SVP unterstützt.

Die Gegner der Vorlage tun so, als ob die Schweiz wählen könnte, mit der EU der 25 die Freizügigkeit weiterzuführen, Bulgarien und Rumänien aber auszuschliessen. Das ist falsch. Es gibt nur eine EU. Sie zählt heute 27 Mitgliedsländer. Es gibt keine Auswahl für die Schweiz, alle Länder sind gleichberechtigt.

Verlängerung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU

Parole: JA

Die Ängste sind unbegründet: Wie im Europa der 15 und 25 ist die Zahl der Ausreisewilligen beschränkt. Die Schweiz ist nicht so attraktiv, die Löhne sind zwar relativ hoch, die Lebenshaltungskosten aber nicht minder. Schon in den 1990er Jahren wurden die Kontingente aus der EU regelmässig nicht ausgeschöpft. Bei Rumänien und Bulgarien kommt hinzu: Ihre Volkswirtschaften sind in Entwicklung und auf Arbeitskräfte angewiesen.

Und die Arbeitslosigkeit?

Wer bei uns eine Aufenthaltsbewilligung anstrebt, muss auch künftig eine Stelle in der Schweiz haben. Trotzdem fragt sich: Ist der geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Hochkonjunktur nicht auf die Freizügigkeit zurückzuführen? SGB-Zentralsekretär Daniel Lampart, Mitglied der Grünen, sieht das nicht so. Zwar bestreitet er nicht jeden Zusammenhang. Im Kern aber sagt er, dass sich vor allem Änderungen bei den Sozialversicherungen auswirkten:

- Höheres Frauenrentenalter (62 statt 63 Jahre)
- Höheres reglementarisches Rentenalter bei Pensionskassen (2002 bei 63,1, 2007 bei 64,2 Jahren)
- Rückgang der Neurenten bei der IV (ca. 10'000 jährlich seit 2002).

Flankierende Massnahmen

Dank der Freizügigkeit konnten viele Stellen besetzt werden, die sonst vielleicht offen geblieben wären. Das Problem ist, dass deshalb wohl weniger in die Weiterbildung von Schweizer Arbeitskräften investiert wird. Vor allem ist aber wichtig, dass die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne konsequent weitergeführt werden. Damit wird am besten verhindert, dass inländische Arbeitskräfte durch EU-Staatsangehörige verdrängt werden.



*Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Lucerne*



BE | NETZ

Bau und Energie

Photovoltaik
Thermische Solaranlagen
Pelletsheizungen
Haustechnik

BE Netz AG
Bernstr. 57a
CH-6003 Luzern
www.benetz.ch
info@benetz.ch
Tel 041 410 40 70

Louis Schelbert präsidiert den Verband für Wohnungswesen

«Den Genossenschaftsgedanken stärken»

Michael Töngi: Der Bund wird nächstes Jahr erstmals seit langem wieder Geld für den gemeinnützigen Wohnungsbau ausgeben. Zufrieden?

Louis Schelbert: Was das politische Zeichen angeht, ja. Ausserdem ist es ein persönlicher Erfolg! Die letzten Jahre waren geprägt von Angriffen gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau und davon, dass unser Anliegen lange Zeit in der Schwebe lag. Jetzt endlich wird auf Bundesebene der längst bewilligte Rahmenkredit von 185 Mio. Franken tranchenweise freigegeben. Damit besteht Gewissheit über die Absichten der Bundesbehörden.

Geld ist das eine, was könnte die öffentliche Hand sonst noch tun, damit wieder mehr preisgünstige Wohnungen entstehen?

Die öffentliche Hand muss bestehende Baulandreserven dem gemeinnützigen Wohnbau zur Verfügung stellen (vgl. Initiative des Luzerner Mieterinnen- und Mieterverbandes). Beim Bund wären das aktuell beispielsweise brach werdende Militär-terrains wie AMP Rothenburg und Flugplatz Dübendorf. Dazu braucht es auch planungsrechtliche Vorschriften, die dem gemeinnützigen Wohnbau einen festen Anteil sichern. Wo und zu welchen Bedingungen gibt es in der Schweiz Baulandreserven? Der Schweizerische Verband für Wohnungswesen (SVW) hat zusammen mit dem Bundesamt für Wohnungswesen eine Studie ausgelöst, deren Resultate wir mit Spannung erwarten.

In den letzten Jahren sind kaum noch preisgünstige Wohnungen gebaut worden, der Anteil der Genossenschaften am Gesamtwohnungsbestand stagniert oder ist sogar rückläufig. Ist das Thema preisgünstiger Wohnraum einfach passé, oder woran liegt das?

Die Genossenschaften konnten ihren Anteil plusminus halten, zu mehr reichte es aus Geld- und Machtgründen nicht. Der freie Markt produziert von sich aus keinen preisgünstigen Wohnraum. Renditeüberlegungen prägen ja auch die Pensionskassen, die die Renten der 2. Säule gewährleisten müssen. Nach der Entzauberung, ja nach dem Zusammenbruch der neoliberalen Ideologie erwarte ich eine Renaissance von Ideen, die sich am Gemeinwohl orientieren. Dazu zählt der genossenschaftliche Wohnungsbau.

Früher waren Gemeinden stolz auf ihre Wohnbaugenossenschaften. Heute ist davon in vielen Luzerner Agglomerationsgemeinden nichts mehr zu spüren. Worauf führst du das zurück?

In der Stadt Luzern ist immerhin Stadträtin Ursula Stämmer Präsidentin der Allgemeinen Baugenossenschaft (ABL). Tatsächlich hat aber ein (Werte-)Wandel stattgefunden. Das tägliche Leben wird im-

mer stärker von der kapitalistischen Geldverwertung durchdrungen. Früher nahmen die Patrons grosser Betriebe (Bell, Papieri, Schindler, von Moos etc.) auch soziale Verantwortung wahr, Arbeitersiedlungen bezeugen dies. Das war in den letzten Jahrzehnten eher die Ausnahme – leider auch in der Politik. Der Kanton Luzern hat die Verwaltung des Wohnungswesens in den Aargau ausgelagert! Ein anderer Ausdruck des Kapitalismus ist der «stiere» Kampf um Steuersenkungen. Das wirkt sich in den Gemeinden auf die Landvergabepolitik und Zonenentscheide aus.

Du bist im Sommer zum Präsidenten des Schweizerischen Verbands für Wohnungswesen gewählt worden, dem Dachverband von 1'000 Genossenschaften in der Schweiz. Mit welchen Zielen hast du dieses Präsidium angetreten?

Zum einen ist es die Stärkung des Genossenschaftsgedankens: sich selbst organisieren, das Gemeinwohl als Maxime nehmen und nicht-gewinnorientiert arbeiten. Dafür muss der gemeinnützige Wohnungsbau Erfolge haben. Wohngebäude müssen nachhaltig (um-)gebaut werden und in energetischer Hinsicht auf der Höhe der Zeit sein. Und der Anteil am gesamten Wohnungsbestand muss zumindest gehalten werden können, besser ist aber eine Steigerung, durch Erwerb und Bau. Das bedingt, dass gemeinnütziger Wohnbau auf die politische Anerkennung bauen kann. Deshalb will ich – zum andern – den geltenden Verfassungsauftrag verteidigen (Art. 108 BV). Dafür stehen die Zeichen wieder günstig. Jetzt wollen wir vermehrt den Schritt aus den Agglomerationen in den ländlichen Raum wagen.

Immer wieder kommen auch Genossenschaften ins Kreuzfeuer der Kritik, weil sie Wohnraum erneuern oder gar zu Gunsten von Neubauten abreißen und damit preisgünstige Wohnungen zerstören. Eine berechtigte Kritik?

Vor Fehlern ist niemand gefeit, aber im Einzelfall gilt es immer abzuwägen. Wer Wohnraum besitzt, trägt eine hohe Verantwortung, so auch die Genossenschaften. Die Erneuerung des Wohnraums ist wichtig, um das Angebot attraktiv zu erhalten, und zur Attraktivität gehört nicht nur Komfort, sondern auch eine energetische Verbesserung. Eine Gewissheit gibt es in diesem Spannungsfeld allerdings: Bei den Gemeinnützigen wird nicht-gewinnorientiert gearbeitet, es geht sicher nicht um persönliche Bereicherung.



Michael Töngi
Kantonsrat Grüne Luzern
Kriens

Luzerner Kantonsrat lehnt MV-Initiative ab

Mehr Druck für eine aktive Wohnpolitik

Der Luzerner Kantonsrat hat in der November-Session die Verfassungsinitiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen» behandelt. Dabei hat es sich die bürgerliche Mehrheit recht einfach gemacht: Die zunehmende Schwierigkeit für viele Familien, Junge und Ältere mit beschränktem Budget, angemessenen Wohnraum zu finden, wurde kaum als Problem anerkannt.

Alle bürgerlichen Fraktionssprecher hielten fest, der Markt funktioniere und löse die Probleme. Nach einer halben Stunde war das Anliegen abgetischt. Nach der Ablehnung der Initiative durch die bürgerliche Ratsmehrheit reichte der Fraktionssprecher der CVP mit Mitunterzeichnenden ein Postulat ein, das vom Kanton eine neue Förderung der gemeinnützigen Wohnbauträger mittels vergünstigter Darlehen fordert. Dies werten wir als kleines Signal und Eingeständnis, dass die politische Untätigkeit im Bereich Wohnen doch nicht akzeptabel ist.

Regierungsrat Schwerzmann hat in der Behandlung der Initiative zweideutige Signale ausgesandt. Um der Initiative den Schwung zu nehmen, hat er

in der Botschaft und im Rat auf die gesetzlichen Möglichkeiten hingewiesen. Tatsächlich bestehen diese Möglichkeiten, etwa jene, Bauland im Besitz der öffentlichen Hand zu vergünstigten Konditionen an die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften abzutreten. Der Regierungsrat hat aber jegliche verbindliche Verpflichtung abgelehnt. Schwerzmann verstieg sich im Rat sogar zu der Bemerkung, auch eine Förderung der Gemeinnützigen stelle einen fragwürdigen Markteingriff dar.

Die Konsequenz aus der Debatte im Kantonsrat ist klar: Es braucht das Zeichen der Stimmberechtigten in der Abstimmung vom 17. Mai 2009, damit die Wohnpolitik wieder auf die politische Agenda kommt. Ein engagierter Abstimmungskampf für die Initiative wird die Antwort an die Kantonsratsmehrheit sein. Der MV wird mit einem Unterstützungskomitee der sozialpolitisch sensiblen Kräfte in die Abstimmung ziehen.



*Mark Schmid
Präsident Mieterinnen- und
Mieterverband Luzern
Luzern*



Kantonale Abstimmung vom 8. Februar 2009

Ja zum Gemeindegesetz

Zwangsfusion und Gross-Luzern: Zwei Schlagwörter und ein Tintenfisch mit Krone dominieren den Abstimmungskampf um das Gemeindegesetz. Dem überparteilichen Verein gegen Gross-Luzern ist es gelungen, die erforderlichen Unterschriften für das Referendum zu sammeln. Nicht weiter erstaunlich, denn der Verein suggeriert, dass das neue Gemeindegesetz einen Verlust der Gemeindeautonomie und einen Abbau der Volksrechte bedeute. Und wer will schon gegen seinen Willen von einem Tintenfisch geschluckt werden?

Werden denn wirklich die Rechte der BürgerInnen beschnitten und die Gemeindeautonomie ausgehebelt? Die Antwort lautet: Nein. Zuerst muss festgehalten werden, dass nicht ein neues Gemeindegesetz geschaffen wird, sondern es sich um eine Anpassung an die neue Kantonsverfassung handelt. Die Strategie der GegnerInnen beruht darauf, zuerst das Gemeindegesetz zu bekämpfen, um danach mittels Volksinitiative die erst kürzlich deutlich angenommene Kantonsverfassung zu ändern.

Kantonales Referendum nicht mehr möglich

Zwei Bestimmungen sind den GegnerInnen ein Dorn im Auge. Der Kantonsrat wird künftig Fusionen, die gewünscht und durch Volksabstimmungen in den betroffenen Gemeinden bestätigt wurden, abschliessend genehmigen. Die kantonale Referendumsmöglichkeit entfällt.

Das gefällt dem Referendumskomitee nicht. Es fordert, dass die KantonsbürgerInnen bei einer Fusion von grösseren Gemeinden ihr Veto einlegen können. Genau mit diesem Vorgehen würde aber die Gemeindeautonomie verletzt, die von der SVP und anderen sonst so hochgehalten wird. Zwei fusionswillige Gemeinden könnten durch eine kantonale Abstimmung daran gehindert werden zu fusionieren. Noch pikanter ist, dass nicht alle Gemeinden gleich behandelt würden. Lediglich bei Vereinigungen von grossen Gemeinden soll nach dem Willen des Komitees ein obligatorisches Referendum eingeführt werden.

Zwangsfusionen

Der zweite Dorn im Auge der GegnerInnen sind die so genannten Zwangsfusionen. Hierbei geht es um die gesetzlichen Grundlagen, welche die Erhaltung der Handlungsfähigkeit sichern sollen. Wenn eine Gemeinde nicht mehr fähig ist, die ihr übertragenen Aufgaben wirksam und wirtschaftlich zu erfüllen, oder sie selbst nicht mehr in der Lage ist, einen Antrag auf eine Vereinigung zu stellen, kann der Kantonsrat eine Gemeindevereinigung beschliessen.

Solche Situationen sind sehr selten. Und wenn eine solche Situation eintritt, kann der Prozess einer so genannten Zwangsfusion nur auf Antrag einer der betroffenen Gemeinden ausgelöst werden. Zudem müssen die betroffenen Gemeinden angehört werden, und der Beschluss der Vereinigung unterliegt dem fakultativen Referendum. Die BürgerInnen können also mitentscheiden.

Fazit

Der Tintenfisch bedroht uns nicht! Mit dem Gemeindegesetz werden der Volkswille und die Gemeindeautonomie gewahrt – deshalb Ja zum Gemeindegesetz.



Christina Reusser
Kantonsrätin Grüne
Ebikon

Änderung des Gemeindegesetzes

Parole: JA



Die Idee von Ihnen

Das Holz aus der Region

Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Nein zum kantonalen Wegweisungsartikel

Untauglich, kostenintensiv und willkürlich

Am 8. Februar 09 kommt die Änderung des kantonalen Polizeigesetzes mit der Einführung eines Wegweisungsartikels zur Abstimmung, zusammen mit der Einführung einer neuen Bussenliste gegen Littering und wildes Plakatieren. Es handelt sich dabei um Massnahmen, die alle in eine einzige Vorlage hinein verpackt wurden, was wir – und nicht nur wir Grüne – als rein taktisch und nicht fachlich begründet beurteilen. In der Kantonsratberatung blieb, trotz Versuch zur Aufteilung der Vorlage, das Paket ein Gesamtpaket.

Auf die Abstimmung hin ist unter Federführung der Grünen Luzern ein Nein-Komitee entstanden. Wir lehnen die Vorlage hauptsächlich aus drei Gründen ab: Sie ist untauglich, kostenintensiv und willkürlich.

Untauglich

Die Vorlage bringt keine Lösung für die bestehenden (Über-)Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Der der Vorlage zugrunde liegende Ansatz, sogenannt unzivilisiertes Verhalten für all die Verstörungen im öffentlichen Raum verantwortlich zu machen, führt zwangsläufig zu den Randständigen als Ursache allen Übels. Die Vorstellung, man brauche nur diese Menschen von den sozialen Brennpunkten (z.B. Bahnhof, Vögeligärtli und Ufschöttli) wegzuweisen und Luzern werde danach sauberer, sicherer und schöner sein, erachten wir als falsch. Ramba-Zamba, die Stadt-eine-Festhütte, Jetzt-ge-e-ehs-lo-o-s sind keine Lösungen, die sich die Randständigen auf die Fahne geschrieben haben. Oder möchten Sie Nachtschwärmende, Partyvolk, EventbesucherInnen und Take-away-Kunden als Randständige bezeichnen?

Kostenintensiv

Die Vorlage verursacht neue Kosten mit einem Wirkungsgrad gegen null. Eine Stadt wie Bern, die die Wegweisung schon seit zehn Jahren kennt, wendet pro Jahr 1,5 Mio Franken für Justiz und Bürokratie auf. Weil unter anderem die verhängten Bussen gar nicht bezahlt werden können, entstehen Zusatzkosten durch Umwandlung der Bussen in Haft. In mehreren Fällen wurden gegen Einzelpersonen bis zu 30 und mehr Wegweisungen verfügt. Es liegt auf der Hand, dass, wer 30-mal eine Wegweisungsverfügung gefasst hat, auch zum 31. und 32. Mal wieder auftaucht.

Willkürlich

Bei Annahme der Vorlage würde der Polizei ein Mittel in die Hand gegeben, das quer zu unserer rechtsstaatlichen Überzeugung und unserem demokratischen Rechtsverständnis steht. Allein der

«begründete Verdacht», dass die öffentliche Ordnung gefährdet oder gestört werden könnte, soll einem Polizisten das Recht geben, mir oder Ihnen den Aufenthalt im öffentlichen Raum zu verbieten. Für uns öffnet der Wegweisungsartikel der Willkür Tür und Tor. Er verstösst gegen den Grundsatz, wonach jemand nur bestraft werden kann, wenn er/sie eine strafbare Handlung begangen hat. Aus all diesen Gründen verdient die Vorlage am 8. Februar ein klares Nein!



Nino Froelicher
Kantonsrat Grüne
Kriens



Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Autofrei, kinder- und familienfreundlich, für Ferien, Feste und Klein-Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebisbalm.ch
E-Mail: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch



**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

LUZERNERSTRASSE 33C
6010 KRIENS
TELEFON 079 650 79 42
WWW.PATRICKSTEINER.CH



Nein zum kantonalen Wegweisungsartikel

Wer stört hier wen?

Der Wegweisungsartikel steht schon heute im Polizeigesetz, soll nun aber massiv ausgeweitet werden. Bisher wurde darin geregelt, dass die Polizei Leute wegweisen kann, wenn diese z.B. Rettungen behindern. Neu soll die Polizei Personen, die einer möglicherweise störenden Gruppe angehören, wegweisen können. Wenn eine Person verbalen Widerspruch kundtut, kann die Polizei eine amtliche Verfügung für ein 30-tägiges Rayonverbot aussprechen.

Mit der Einführung von Strafen aufgrund eines blossen Verdachts wird die Grenze zum Polizeistaat überschritten. Grundrechte wie Bewegungs- und Versammlungsfreiheit werden durchlöchert. Für eine weggewiesene Person würde der neue Artikel bedeuten, dass sie beim nächsten unerwünschten Auftauchen gegen eine amtliche Verfügung verstösst und sie alleine durch ihre Anwesenheit straffällig wird. In einem Rechtsstaat aber wird nur straffällig, wer gegen ein Gesetz verstösst. Ein Verdacht – und sei er noch so gut begründet – kann und darf nicht ausreichen für eine Kriminalisierung.

Massnahmen gegen sozial Schwächere

Der Wegweisungsartikel würde sozial schlechter Gestellte übermässig hart treffen. Die Probleme würden nicht gelöst, sondern bestenfalls verschoben, letztlich wohl sogar verschärft. Dies, weil nicht ihre Ursachen bekämpft, sondern weil Betroffene noch schlechter gestellt würden.

Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum werden benutzt, um Massnahmen gegen sozial Schwächere einzuführen. Diese Massnahmen könnten

später auch auf weitere Bevölkerungskreise ausgedehnt werden. Wir vom «Bündnis Luzern für Alle – Wegweisung ist Willkür!» konzentrieren uns auf diesen massiven Eingriff in die Grundrechte und fragen: Wer stört hier wen? Siehts die Polizei an der Frisur, wer stören könnte? Provokativ fragen wir auch: «Ist die Stadt sauber genug, wenn alle Menschen verschwunden sind?»

Apropos saubere Stadt

Die Vorstellung einer «sauberen Stadt» stand Pate bei der Verknüpfung des Wegweisungsartikels mit den Änderungen im Übertretungsstrafgesetz (Bussen gegen Littering und unerlaubtes Plakatieren). Das «Bündnis Luzern für Alle» hat gegen dieses Paket, das Abfall mit unerwünschten Menschen verknüpft, beim Bundesgericht Beschwerde erhoben. Da der Entscheid noch hängig ist, bleibt uns nur zu hoffen, dass der Mehrheit der Stimmberechtigten klar ist, dass es hier um einen massiven Grundrechte-Abbau geht. Ein solcher Abbau kann nicht damit gerechtfertigt werden, man habe nichts gegen Littering-Bussen!



Manuel Späni
Junge Grüne, Bündnis Luzern
für Alle – Wegweisung ist Willkür!
Luzern

Änderung des Übertretungsstrafgesetzes und des Gesetzes über die Kantonspolizei (Wegweisungsnorm, Littering, unbefugtes Plakatieren)

Parole: NEIN

Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Gesundheit

ZEN SHIATSU

unterstützt die aktive Gesundheitsförderung, hilft Stress und Burn-out vorzubeugen, eignet sich als Therapie bei körperlichen und psychischen Beschwerden



Brida Rüttimann
Praxis für Zen Shiatsu
Winkelriedstr. 30
6003 Luzern
Telefon 041 210 20 00
Kassenanerkant



HIN & WEG - Compilation gegen Wegweisung

57 Luzerner Bands auf 3 CDs dokumentieren das breite musikalische Schaffen im Kanton und setzen ein Zeichen für einen toleranten und vielfältigen Kanton, in dem Wegweisungen keinen Platz haben.
CHF 29.– zzgl. Versandkosten



Oli Second - Asphalt

Die erste Solo-Veröffentlichung des Rappers Oli Second mit dem Titel «Asphalt» richtet sich nicht nur inhaltlich explizit gegen die Privatisierung des öffentlichen Raums, auch alle Einnahmen kommen dem «Bündnis Luzern Für Alle» zu Gute.
CHF 15.– zzgl. Versandkosten

Beide Alben können auf der Homepage des Bündnisses bestellt werden. Daneben finden Sie dort auch weitergehende Informationen zu den beiden Alben. Zusätzlich können auch T-Shirts mit verschiedenen Sujets und in verschiedenen Grössen bestellt werden.

BÜNDNIS LUZERN FÜR ALLE
Wegweisung ist Willkür

www.luzernfueralle.ch

Städtische Initiative zur Finanzierung des Tiefbahnhofs

Weitere Bahnhofszufahrt dringend nötig

Seit dem letzten Fahrplanwechsel im Dezember fahren nochmals mehr Züge in den Bahnhof Luzern ein und aus. Ein weiterer Fahrplanausbau ist kaum mehr möglich, eine Zunahme der Anzahl Bahnreisenden aber voraussehbar. Es braucht darum dringend eine weitere Bahnhofszufahrt in Luzern!

Die besten Entwicklungsmöglichkeiten bietet der Tiefbahnhof mit einer Einfahrt unter dem See von Ebikon her. Mit einem erhöhten Takt, mehr Haltestellen in der Stadt (z.B. Paulusplatz für Anschluss von Kriens und beim Kreuzstutz) und durchgehenden Linien würde ein System entstehen, welches den Namen S-Bahn endlich verdient.

Mit dem Tiefbahnhof wäre eine funktionierende S-Bahn-Achse Ebikon - Luzern - Emmenbrücke mit einem 7,5-Minuten-Takt möglich. Gut vernetzte Subzentren in Ebikon und Emmenbrücke (mit Bus- und Bahnanschlüssen) entlasten die Räume in der heutigen Kernstadt und schaffen bessere und schnellere Verbindungen. Durch die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene wird Platz auf den Strassen für Busse, Velos und andere Verkehrsmittel frei.

Finanzierung

Die Stadt Luzern als Standortgemeinde bekommt mit der Initiative den Auftrag, einen Spezialfonds zu führen, welcher jährlich mit 7 Millionen Franken gespiesen wird. Dies entspricht weniger als 1 % des Budgets der neuen Stadt Luzern (mit Littau).

Die Finanzierung eines Tiefbahnhofs (knapp eine Milliarde Franken) wird zu einem guten Teil von Gemeinden und Kanton bezahlt werden müssen, zumindest in Form einer Vorfinanzierung, damit dieses wichtige Projekt in absehbarer Zeit gestartet werden kann.

Es wäre falsch, auf eine Hauptfinanzierung durch den Bund zu warten. Die Stadt Luzern soll Druck auf den Kanton Luzern und damit den Bund auslösen und auf eine rasche Realisierung des Tiefbahnhofs hinarbeiten.

Vorarbeiten bereits gemacht

Seit 30 Jahren wird der Tiefbahnhof in breiten Kreisen als beste Lösung für den Schienenverkehr in Luzern betrachtet. Beim Bau des neuen Bahnhofs und des KKL wurden bewusst Vorarbeiten für den Tiefbahnhof erstellt. Nun ist die Zeit reif dafür!

Wir Grünen der Stadt Luzern sammeln Unterschriften für die Initiative und zeigen damit, dass trotz vieler Rückschläge in den letzten Jahren die Hoffnung auf eine weit vorausdenkende Verkehrspolitik für Luzern und die Zentralschweiz lebt! Damit endlich gestartet wird, hat das Initiativkomitee am 3. Dezember 2008 (zur Lancierung der Initiative) gleich mal selbst den Spatenstich für den Tiefbahnhof gemacht.



*Christian Hochstrasser
Präsident Grüne Stadt Luzern
Luzern*



Symbolischer Spatenstich für den Tiefbahnhof Luzern: Andreas Schönbächler, Christa Stocker und Marco Müller vom Initiativkomitee an der Medienorientierung vom 3. Dezember 2008.

Rückblick aufs Jahr 2008

Ein bunter Strauss von Aktivitäten

Wenn man zurückschaut und in den Dokumenten wühlt, findet sich bei den städtischen Grünen auch im Jahr 2008 ein bunter Strauss von Aktivitäten, Themen und Veranstaltungen. Der Vorstand hat sich letztes Jahr noch bewusster in verschiedenen Arbeitsgruppen (AGs) engagiert. So wurden neue AGs zu Verkehr und Kultur geschaffen.

Bereits seit längerem besteht die AG Palaver, die uns mit spannenden Veranstaltungen abseits des politischen Tagesgeschäfts bereichert. Die drei Palaver im Jahr 2008 waren den Themen Sprache und Politik, Suffizienz und Moral gewidmet. Die erfolgreiche Reihe zeigt immer wieder, dass politisches Engagement auch mit Tiefgang und Kreativität verbunden werden kann.

Zerreissprobe?

Selten waren die Grünen im Vorstand, in der Fraktion und an den Mitgliederversammlungen (MV) so geteilter Meinung wie bei den beiden Allmend-Abstimmungen. Während an der ersten MV Stimmfreigabe beschlossen wurde, empfahlen wir Grünen für die zweite Abstimmung die Nein-Parole. An beiden Versammlungen fand eine umfassende Diskussion statt. Dass sich die Grünen der komplexen Vorlage mit Verantwortung annahmen, zeigte die Vielfalt der eingebrachten Argumente.

Die jeweils faire Diskussion zeigt die Sachlichkeit der Grünen in brisanten Fragen und gibt ein gutes Gefühl für kommende politische Auseinandersetzungen. Mit Hartnäckigkeit und Biss wurde argumentiert, ohne den Gegner zu diffamieren. Eine Zerreissprobe für die Grünen suchten die Medien vergeblich.

Kinderbetreuung und öffentlicher Raum im Fokus

Das Komitee der im Sommer 2006 eingereichten Kinderbetreuungsinitiative konnte die Initiative im Frühling 2008 erfolgreich zurückziehen, da der Stadtrat die Anliegen weitgehend aufnahm und das Parlament zustimmte – ein grosser Erfolg für die Grünen und vor allem für die Kinderbetreuung in der Stadt Luzern.

Während des ganzen Jahres stand der öffentliche Raum immer wieder im Fokus. Nach Veranstaltungen der Aktion Freiraum setzten sich viele vorwiegend junge Leute aus der Stadt und Umgebung für eine liberale und kreative Nutzung des öffentlichen Raumes ein. Im Februar wurde über die Videoüberwachung abgestimmt. Der geplante kantonale Wegweisungsartikel soll ebenfalls als städtischer Pauschal-Problemlöser dienen. In allen Debatten um den öffentlichen Raum haben sich die Grünen konsequent und klar für eine weiter gedachte Lösung eingesetzt.

Der städtische Vorstand darf auf ein aktives Jahr zurückblicken und sieht dem Wahljahr 2009 mit Tatendrang und Zuversicht entgegen. Wir prägen die städtische Politlandschaft mit; selbst Schlaglöcher, Spurrillen oder ausgetretene Pfade werden uns nicht vom beherzten Weg abbringen.

Bio-Erzeugnisse vom Ueli-Hof: Von Natur aus besser.



Verkauf ab Hof: Freitag 14-19 h und Samstag 8-13 h.

Ueli & Hof

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil · 041 342 05 45 · www.uelihof.ch



Christian Hochstrasser
Präsident Grüne Stadt Luzern
Luzern



BIO
SUISSE

EMMER BIOHOF

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
041 260 21 71
www.emmer-biohof.ch

Herzlich willkommen in unserem Hofladen!

Öffnungszeiten

Mo 16⁰⁰ – 18⁰⁰ Uhr
Mi 10⁰⁰ – 12⁰⁰ Uhr
Fr 14⁰⁰ – 18⁰⁰ Uhr frisches Brot/Zopf
Sa 10⁰⁰ – 12⁰⁰ Uhr

Gönnen Sie sich einen Rundgang in unserem Pflanzenlabyrinth!

Initiative der SP Stadt Luzern

Für eine aktive Energiepolitik

Die Initiative «Für eine aktive Energiepolitik in der Stadt Luzern» will die jährliche Einlage in den Energiefonds von heute 0,5 auf 2 Mio. Franken erhöhen. Zudem soll bei einer Veränderung des gesamtstädtischen Stromverbrauchs die Einlage angepasst werden.

Mit dem Energiefonds konnten bisher einige erfolgreiche Aktionen finanziert werden, nun sind jedoch die Reserven aufgebraucht. Für eine verstärkte, breitere Förderung, von der die gesamte Bevölkerung profitieren kann, müssen die Mittel deutlich erhöht werden. Mit der Initiative wird Folgendes möglich:

- Die wärmetechnische Erneuerung von Gebäuden senkt die Heizkosten für MieterInnen und HauseigentümerInnen.
- Die Solarenergie und weitere erneuerbare Energien werden dank der Unterstützung endlich breit angewendet.
- Der Kauf von energieeffizienten Haushaltgeräten (Kühlschränken, Waschmaschinen, Wäschetrocknern usw.) wird für HauseigentümerInnen und MieterInnen interessant, da sie Vergünstigungen erhalten.
- Umweltschonende Mobilitätsformen werden gefördert, so beispielsweise die Nutzung des öffentlichen Verkehrs.

Der Gegenvorschlag des Stadtrates will lediglich während vier Jahren die Einlage in den Energiefonds auf 1,5 Mio. Franken und während zwei Jahren auf 1 Mio. Franken erhöhen. Die Energiewende ist jedoch nicht innert weniger Jahre zu schaffen. Der Gegenvorschlag ist deshalb ungenügend.

Investition zahlt sich mehrfach aus

Die Förderung von neuen Energietechnologien lohnt sich, dies zeigen Beispiele aus anderen Städten und Ländern. Mit relativ geringen Mitteln können erhebliche private Investitionen ausgelöst werden, welche im regionalen Gewerbe Arbeitsplätze schaffen. Die Energieinitiative wird diesen Impuls auslösen.

Informationen: www.energiepolitik-luzern.ch



Beat Züsli
Grossstadtrat SP
Luzern

Volksinitiative «Für eine aktive Energiepolitik in der Stadt Luzern»

Parole: JA

Gegenvorschlag: JA

**Stichfrage:
Initiative ankreuzen**

MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvlv@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Budget 2009 der Gemeinde Horw

Weshalb die Rückweisung?

Um Schlimmeres zu verhindern! Doch alles der Reihe nach. Das Budget 2009 sah einen Ausgabenüberschuss von 1,5 Mio. Franken vor, bei gleich bleibendem Steuerfuss. Doch die Steuer-senkungsturbos und «Fusionphobiker» wollten unbedingt den Steuerfuss senken und spannten diesmal die Geschäftsprüfungskommission (GPK) dafür ein. Die GPK schlug deshalb eine Steuer-senkung um eine Zwanzigstel-Einheit vor.

Hier ist schon mal zu fragen, wie die Mitglieder der GPK ihre Aufgabe verstehen. Denn erstens ist die mittelfristige Situation der Gemeindeeinnahmen wegen der gegenwärtigen Rezession mehr als unsicher, und zweitens befinden wir uns in einer unklaren Situation, was die Folgen der gerade vollzogenen und noch hängigen Steuergesetzrevisio-nen im Kanton für die Gemeinden angeht.

Der Zwanzigstel holt keinen neuen Steuerzahler nach Horw und bringt der Mehrheit der Horwer Bevölkerung nur einen geringen oder gar keinen Nutzen. Es ist vielmehr zu befürchten, dass Mit-glieder eines Horwer Vereins, SchülerInnen der Musikschule, BesucherInnen eines Kultur-anlasses oder die auf Spitexhilfe Angewiesenen am Ende weniger Geld im Portemonnaie haben werden als vorher!

Keine Steuersenkung

Wir sind der Meinung, dass es dem gesunden Menschenverstand widerspricht, bei einem Defizit von 1,5 Mio. Franken eine Steuersenkung zu ver-langen. Die vorgeschlagene Reduktion hätte den Fehlbetrag gar auf 2,5 Mio. Franken anwachsen lassen. Damit das nicht so klar wurde, verlangte die GPK auch noch eine Sparrunde von 1 Mio. Franken. Tragisch daran: Die GPK wollte nicht sagen, wo denn zu sparen sei! Solche pauscha-len Forderungen zeigen aber auf, dass man nicht bereit ist, offen zu seinen Abbauplänen zu ste-hen, sondern man einfach dem Gemeinderat den Schwarzen Peter zuschiebt. Niemand hätte mehr etwas dazu zu sagen gehabt, wo gespart werden soll und wo nicht, was auch der Gemeinderat so nicht stehen lassen wollte. Zudem war dieses Vorgehen gemäss Amtsstatthalter aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich.

Kompromissvorschlag unterstützt

In dieser Situation brachte die FDP einen Kompro-missvorschlag ins Spiel: Rückweisung des Budgets, verbunden mit dem Auftrag, 700'000 Franken zu sparen. Dem Sparantrag von 1 Mio. Franken mit Steuersenkung stand nun ein Vermittlungsantrag von nur 700'000 Franken Sparvolumen ohne Steu-ersenkung gegenüber. Diesem Kompromiss konnte die L2o zum Durchbruch verhelfen. Er macht es möglich, in der nächsten Debatte die einzelnen Sparbereiche nochmals zu hinterfragen.

Der Gemeinderat tut nun gut daran, dem Einwoh-nerrat möglichst schnell ein bereinigtes Budget vorzulegen. Der darin enthaltene Teuerungsaus-gleich für die Angestellten soll unangetastet blei-ben. Beim Personal darf die Gemeinde durchaus mit den vielen Betrieben mithalten, welche die Kaufkraft ihrer Mitarbeitenden stützen. Die ver-bleibenden Kürzungsanträge wird die L2o danach beurteilen müssen, welche Leistungen deswegen entfallen. Die L2o wehrt sich auch weiterhin klar gegen eine ruinöse Steuersenkungspolitik!



Konrad Durrer
Einwohnerat L2o
Horw

archinatura
Büro für Architektur + Baubiologie

Überzeugende Architektur im Einklang mit der Natur

Naturnahe Neu- und Umbauten aller Art	Geniale Holz- und Leimbauten
Low-Tech-Bauten	Umfassende Bauplanung und Bauleitung
Orientierung an der Sonnenlaufbahn	Berücksichtigung der Mondphasen
Solare Warmwasseraufbereitung	Konstruktive Solarenergienutzung
Wintergärten mit Solarenergienutzung	Regenwassernutzungsanlage
Grundofen mit Hypokaustenwänden	Atmungsaktive Baukonstruktion
Natürliche Baumaterialien	Innenausbau mit Holz und Lehm
Bauteilwiederverwendung	Naturfarben, Kalk- und Lehmputze
Dachbegrünung und Naturgärten	Harmonie in Form und Farbe
Äusserst behagliches Wohnklima	Offenes, traumhaftes Raumkonzept
Sparsamer Betrieb und Unterhalt	Minimaler Einsatz grauer Energie
Ungewöhnliche, innovative Ideen	Überzeugende Lösungen

Sie haben Fragen zu Ihren Neu- oder Umbauprojekten? Wir beraten Sie gerne!

Paul Nijman Dipl. Architekt + Baubiologe SIB 6207 Nottwil
041 937 19 18 info@archinatura.ch www.archinatura.ch

Politische Landschaft Sursee

Direkte Demokratie, Altstadt und anderes mehr

Mit einer Beteiligung von 1,8 % der stimmberechtigten Bevölkerung wurde am 15. Dezember 2008 die Budgetgemeindeversammlung von Sursee durchgeführt.

Der Stadtpräsident von Sursee erklärte sich die geringe Teilnahme der Stimmberechtigten an Gemeindeversammlungen damit, dass ein Grossteil davon mit der Politik des Stadtrates zufrieden sei – eine sehr selbstgefällige Erklärung.

Trotz oder eben wegen der niedrigen Partizipation scheitern die Grünen der Region Sursee immer wieder mit ihren Forderungen. Zuletzt wurde unser Antrag, Sursee solle der «Allianz Stopp Atom» beitreten und so ein medial wirksames Zeichen gegen die absehbare Weiterführung einer veralteten Energiepolitik setzen, abgelehnt. Wir bedauern dieses Abblitzen umso mehr, als zwanzig zusätzliche grüne Stimmen unserem Begehren zum Durchbruch verholfen hätten.

Nur mit Basis unsere Ziele verwirklichen

Klar sind Gemeindeversammlungen nicht gerade kurzweilig, doch könnte mit ein wenig koordiniertem Engagement die politische Landschaft in Sursee nachhaltig verändert werden. Das dazubringende «Opfer» besteht darin, ein bis zwei Abende im Jahr der direkten Demokratie zu widmen. Diese Zeilen sind als Aufruf an Mitglieder und SympathisantInnen der Grünen zu verstehen, sich vermehrt am politischen Prozess zu beteiligen. Melden Sie sich bitte bei uns, denn ohne

Basis können wir unsere Ziele nicht verwirklichen (sursee@gruene-luzern.ch).

In der Region Sursee werden momentan Fusionsbestrebungen rege diskutiert. Falls Sie, liebe Grüne in Nachbargemeinden, an einer Zusammenarbeit und einem Austausch mit uns interessiert sind, bitten wir auch Sie, sich mit Ihren Ideen und Anliegen an uns zu wenden.

Verkehr beruhigen

Natürlich gibt es auch Erfreuliches über unsere Arbeit zu berichten. Nicht zuletzt dank unseres Engagements für eine verkehrsberuhigte Surseer Altstadt soll in diesem Jahr eine Fachkommission für einen Verkehrsberuhigungsversuch eingesetzt werden (die entsprechende Initiative von uns kam aus rechtlichen Gründen nicht zustande). In der Kommission werden auch wir Grünen vertreten sein, neben verschiedenen Interessenverbänden und einem Verkehrsplaner. Weiter wurde unserem Begehren bezüglich der Stelle des/der Umweltbeauftragten entsprochen. Diese Stelle wird um 30 auf neu 50 Stellenprozente aufgewertet. Damit dürfen wir uns in Zukunft mehr Einsatz der Stadt Sursee für Umwelthanliegen erhoffen.



*Dominik Bisang
Mitglied Grüne Region Sursee
Sursee*

Die Grünen der Region Sursee wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gesundes und erfüllendes Jahr.

www.xundheit.ch

Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Die mag mich!

Neu auf dem Sekretariat: Judith Huber

«Ich arbeite gerne in lebendigem Umfeld»

Judith Huber hat im November 2008 ihre Stelle auf dem Sekretariat der Grünen Luzern angetreten. Die Redaktion hat sie gebeten, sich den Rundbrief-Leserinnen und -Lesern selbst vorzustellen.

Ich bin Künstlerin, Performerin und Organisatorin kultureller Projekte. Ich bin ebenfalls Geschäftsführerin vom Forum Neue Musik, Luzern, von «Anruf genügt. Der Geschichten Home Delivery Service» und OFFOFF, der Vereinigung der unabhängigen Kunsträume der Schweiz.

Ich habe mein eigenes Performancefestival, migma Luzern, welches momentan wieder in Planung ist. Es soll im März 2009 zum achten Mal stattfinden. Ich bin auch selbst als Performerin unterwegs und werde an verschiedene Performancefestivals und in Kunsträume eingeladen.

Und neu arbeite ich auf dem Sekretariat der Grünen Luzern. Was ist meine Motivation, auf dem Sekretariat der Grünen zu arbeiten? Es ist mein Interesse an ökologischen Fragen, an sozialen Fragen, im Speziellen der Integrationspolitik.

Kompliment an uns, an die Schweiz

Die Ausländerproblematik gibt es für mich in dem Sinne nicht. Es gibt nur Probleme, die wir miteinander lösen müssen. Es geht nicht um Ausländerinnen oder Ausländer. Da sind Menschen wie du und ich, nur mit einer anderen Herkunftsbiografie. Es kann ein Zufall sein, Arbeit, die gerne angeboten wurde und wird, Liebe, Politik oder andere gewollte und ungewollte Begebenheiten, die Menschen dazu bringen oder zwingen, sich in der Schweiz niederzulassen. Sie bekommen Kinder, arbeiten, lassen sich ein, und irgendwann merken sie, dass sie auch in Zukunft hier bleiben möchten. Das ist ein natürlicher Prozess und könnte mir an einem anderen Ort auf der Welt auch passieren. Dass sie sich hier ganz niederlassen, ist eigentlich super. Es ist ein Kompliment an uns, an die Schweiz. Sie wählen uns als Nachbarn, als Freunde, MitbewohnerInnen, MitarbeiterInnen, PartnerInnen oder MitstreiterInnen.

Es gibt Probleme. Probleme sind da, um sie miteinander zu lösen. Ob Schweizerin oder Nichtschweizerin. Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Neue Atomkraftwerke unbedingt verhindern

Neue Atomkraftwerke müssen unbedingt verhindert werden, der öffentliche Verkehr ausgebaut, und es muss immer noch viel Vermittlungsarbeit geleistet werden, um die Menschen für Umweltfragen zu sensibilisieren. Meiner Meinung nach ist es nur möglich, durch persönliche Betroffenheit das Bewusstsein von Menschen zu verändern und



Leute für etwas zu sensibilisieren. Aber wie kann man die Leute betroffen machen? Was es sicher braucht, ist viel Kreativität, Aufklärungsarbeit und unbedingt auch Humor. Die Grünen sind seit Jahren an dieser «Forschungsarbeit». Die interessiert mich.

Kulturpolitisches Engagement

Kulturpolitisch setze ich mich für bessere Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende ein. Ich befürworte die Schaffung eines Kulturfördergesetzes auf Bundesebene und setze mich dort und mit meinem Engagement bei OFFOFF für mehr Akzeptanz und Förderung der unabhängigen Kunsträume ein. Sie sind der Nährboden für eine lebendige Kunstszene und eröffnen neue Sichtweisen auf die Kunst.

Ich bin gerne gefordert, denke gerne ganzheitlich und – das versteht sich von selbst – gerne kreativ. Und ich arbeite gerne in einem lebendigen Umfeld. Und lebendig ist es auf dem «Seki», wie das Sekretariat der Grünen von den Insidern genannt wird.

Ich freue mich auf die neue Herausforderung und begrüsse alle diejenigen, die ich noch nicht begrüsst habe, hiermit herzlichst.



Judith Huber
Sekretärin Grüne Luzern
Emmenbrücke

Infos

www.forumneuemusikluzern.ch
www.anrufgenuegt.ch

Veranstungshinweis

Luzern und Littau sind verlobt – wie weiter?

Luzern und Littau sind verlobt. Wie geht es nach der Heirat weiter?

Mit Ruedi Meier, Stadtrat Luzern, und Roger Michelin, Raumplaner, Littau. Gesprächsleitung: Gaby Müller, Juristin/Sozialarbeiterin.

Montag, 26. Januar 2009, 18.00 Uhr
 Taberna Espanola/Gourmet GmbH,
 Reusszopfweg 18, Reussbühl

Wer vom Hochhaus einen Blick auf Luzern/Littau werfen will, kommt um 17.45 Uhr. Treffpunkt vor der Taberna.

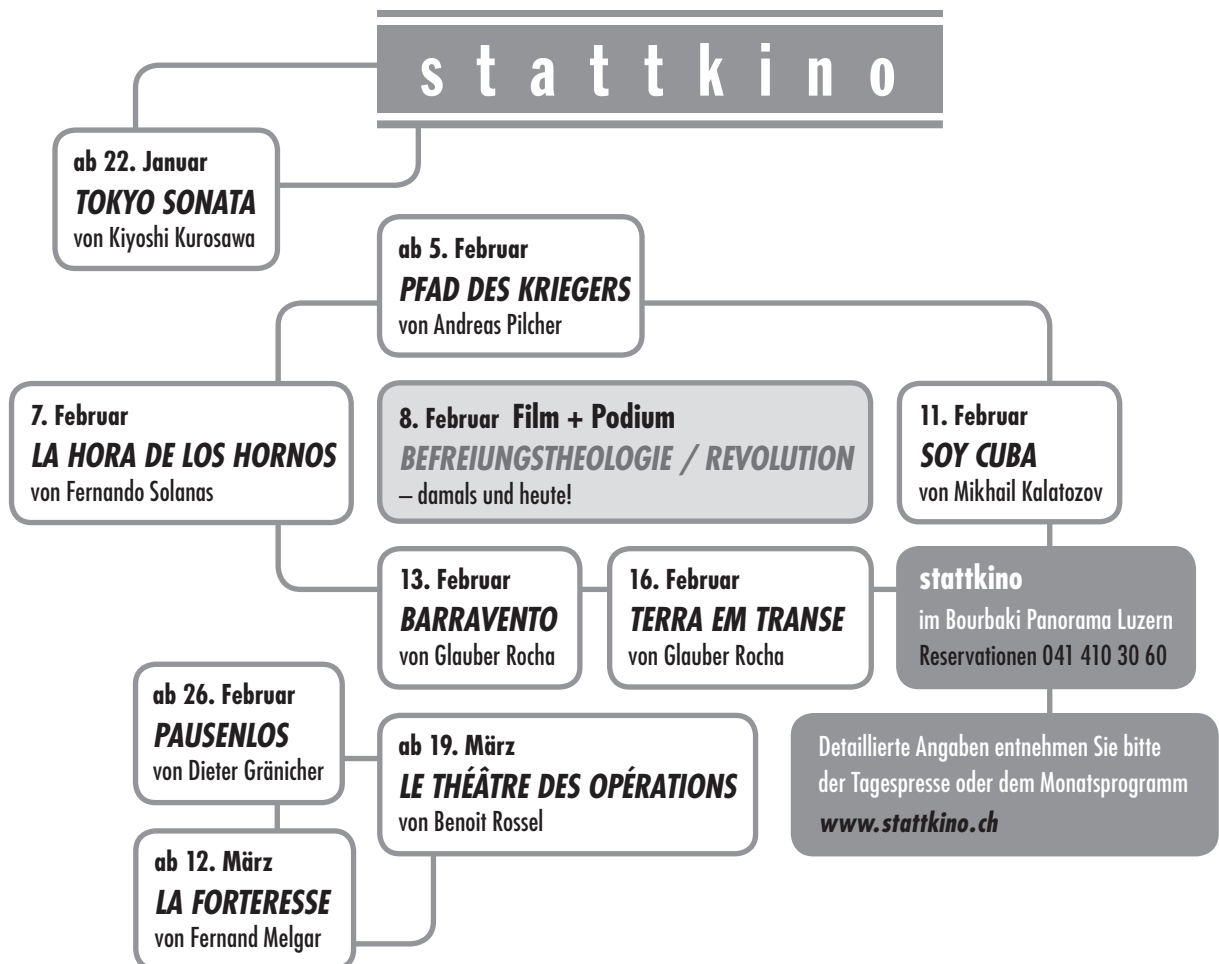


Roger Michelin und Ruedi Meier blicken in die Zukunft und stellen Ideen zur Stadtentwicklung der beiden Gemeinwesen Littau und Luzern vor. In diesem Teil werden Visionen und innovative Ideen für die neue Stadt entworfen. Unter der Leitung von Gaby Müller diskutieren im anschliessenden Palaver alle Anwesenden Fragen, die sie bewegen:

- Gibt es bei der Zusammenlegung der beiden Gemeinwesen Verlierende und Gewinnende?
- Was können LuzernerInnen von Littau und LittauerInnen von Luzern lernen?
- Die Zusammenlegung wird immer wieder als Synergieprojekt gelobt. Bedeutet die Fusion einen Leistungsabbau in der neuen Stadt?
- Wann findet in der Agglomeration Luzern eine nächste grössere Zusammenlegung von Gemeinden statt?

Vorschau

«Kinder an die Macht», Palaver am Montag, 11. Mai 2009, im Stadthaus Luzern



Grüner Pfeffer

Grünliberal ist nicht sozial! Da schaltete die Industrievereinigung Vorort Inserate mit drei Grünliberalen gegen die Flexibilisierung des AHV-Alters. Der grünliberale Nationalrat Bäumle darf sich brüsten. Er verhalf Blocher in den Bundesrat und ebenso **wurde Maurer dank seiner Stimme gerade noch gewählt.** Grünliberale sind nicht nur antisozial, sondern auch Steigbügelhalter der Rechtspopulisten! Der Tagesanzeiger vom 16.12.08 zeigte das wahre Gesicht der glp. Sie vertraten gemeinsam mit der SVP die tiefsten Kinderzulagen in Zürich, trotz schönen Sprüchen für ein gerechtes Sozialsystem.

Pius Segmüller, christlicher Hardliner, möchte im Fall Roland Nef **den Fahnder bestrafen.** Dank dem Fahnder flog alles auf (Sonntagsblick vom 14.12.08), und somit hätte dieser eigentlich den Prix Courage verdient. Segmüller jedoch sieht das anders: lieber den Täter schützen als sich zu stark exponieren und eine Informationspflicht erfüllen.

Die «hellsten Köpfe» sind die Grünen, dies eine Meldung der Neuen Luzerner Zeitung vom 15.3.2000. Geändert hat sich seither nicht viel. «Die SP hat ... den Ton des Moralisiertens und Predigens drauf, was bei allen sachlichen Gründen, die manchmal dafür sprechen mögen, stilmässig ebenso wenig ankommt, **wie es auf der anderen Seite das undifferenzierte Argumentieren der SVP**

tut.» Wenn diese zwei Parteien sich als Verlierer verbünden, ist ein differenziertes Argumentieren zum von ihnen geforderten Maulkorb-Artikel kaum mehr möglich. Immerhin kam es dennoch zur Ablehnung des Vorstosses, weil beide Parteien stark reduziert anwesend waren.

Adrian Bühler sieht rot. Im CVP-Blog schrieb er unter dem Titel «Heute Heizpilz-, morgen Grillverbot» eine Kolumne zur Motion von Alain Greter. Die Grünen werden von ihm böse gebrandmarkt. Doch ohne die CVP wäre der Vorstoss nicht (teilweise) überwiesen worden. Auch etliche CVPler wollen Regeln statt die verantwortungslose Selbstverantwortung, wie sie Bühler fordert. **Kritisieren, was andere fordern und man teilweise selber unterstützt, ist ein bisschen grotesk.** Der «geblogte» Bühler antwortete auf diesen Hinweis wie folgt: «Ein guter Blogartikel erzeugt viele Reaktionen. Das ist mir (für einmal) gelungen. Ein Gütesiegel.» – Na ja ...

Weil der Bühler'sche Originalton so unglaublich naiv ist, zitieren wir ihn gerne nochmals: «Vor diesem Hintergrund kann es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die Grünen das Grillieren verbieten wollen. ... Zuerst wird die Cervelat aus dem Kühlschrank, dann der Grill aus dem Garten des Schweizers verschwinden.» Wie wohltuend war doch Alain Greters stilsicherer Konter: **«Cervelat-Rhetorik vom CVP-Grill».**

Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik

Gesucht wird ...

Die Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der Grünen Schweiz hat vor kurzem ihre Arbeit wieder aufgenommen. Ihr Ziel ist einerseits Frauenförderung innerhalb der Partei und andererseits Gleichstellungspolitik nach aussen.

Die Arbeitsgruppe ist dabei, in den Kantonen ein Netz von Ansprechpersonen aufzubauen, und sucht nun auch unter den Luzerner Grünen eine Person, die an Gleichstellungsfragen interessiert ist. Bist du bereit, an einem Workshop im Spätsommer 2009 teilzunehmen und dich an Aktionen zu beteiligen, z.B. am 8. März 2009? Dann melde dich bei Corinne Dobler, Tel. 031 312 66 60, corinne.dobler@gruene.ch.

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Natalie Kamber; Korrektorat: Nina Ceresa; Fotos: Jakob Ineichen, Linus Rieser; Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: gegendruck@rat.ch
Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1400 Exemplare; Abonnement: Ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungsabo ein Jahr Fr. 60.-

Agenda

Januar

Mo 26. 18.00 Jahreszeitenpalaver Winter: Luzern und Littau – Wie geht es nach der Heirat weiter? Mit Ruedi Meier und Roger Michelin. Moderation Gaby Müller.
Taberna Espanola/Gourmet Gonzales, Reussbühl

Februar

Mo 02. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Sa 28. 09.00 Retraite Kantonaler Vorstand, Ort noch offen
Mo 09. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

März

Mo 02. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo 23. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Parolen

Abstimmungsparolen 8. Februar 2009

Bund	
Verlängerung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU	JA
Kanton Luzern	
Änderung des Übertretungsstrafgesetzes und des Gesetzes über die Kantonspolizei (Wegweisungsnorm, Littering, unbefugtes Plakatieren)	NEIN
Kanton Luzern	
Änderung des Gemeindegesetzes	JA
Stadt Luzern	
Volksinitiative «Für eine aktive Energiepolitik in der Stadt Luzern» mit Gegenvorschlag (Stichfrage: Initiative ankreuzen)	JA